

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1923

29.1.1923 (No. 28)

Preisveränderung:
in Karlsruhe: in un-
terer Geschäftsstelle und in
unseren Ausgabestellen ab-
geholt monatlich 1.000,-
anwärts; durch un-
sere Agenturen bezogen
1.100,-; durch die Post
auschl. Zustellungsgebühr
1.100,- monatlich.

Einzelverkaufpreis: 40 Pf.
Verlag, Schriftleitung und
Geschäftliche Mitteilungen
Postfach Nr. 3347
Karlsruhe.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen:
die nach Randzeile
oder deren Raum 100,-
auswärts 120,-; Na-
menseiten und Stellen-
anzeigen 60,-; Reklame-
zeile 30,-; an erster
Stelle 40,-.

Abonnementspreise:
in Karlsruhe: 1.000,-
anwärts; durch un-
sere Agenturen bezogen
1.100,-; durch die Post
auschl. Zustellungsgebühr
1.100,- monatlich.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

Chefredakteur: Hermann v. Kaer. Verantwortlich für Politik: Fritz Gerhardt; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Deutsches: Hermann Weid; für die „Pyramide“ Karl
Dobro; für Anzeigen: Heinrich Schriever, sämtliche in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. B. Müller, Karlsruhe, Mittelstr. 1. Berlin: Redaktion Dr. Richard Häger, Berlin-Grunow, Mozartstr. 87. Telephon-Zentrum 428.
Für unverlangte Manuskripte oder Druckfäden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Abbestellung erfolgt, wenn Porto beifügt ist. Erscheinungstage der Redaktion: 11-12 Uhr vormittags.

120. Jahrg.

Montag, den 29. Januar 1923

Nr. 28.

Das welsche Schreckensregiment.

Neue Ausweisungen.

Koblenz, 28. Jan. Die Rheinlandkommission verfügte die sofortige Ausweisung folgender Beamter: Jennerich, Zollrat; Weingärtner, Oberforstsekretär; Dissenbacher, Zolldirektor in Mainz; Hill, Bürgermeister in Alzen; von Drotha, Landrat im Untermainkreis; Nitzinger, Landrat im Kreis Goarshausen; Wistram, Stadtschreiber der Gemeinde Rheinbach; und Dombais, Regierungsrat im Landratsamt Kreuznach. Zur Begründung wird angegeben, daß diese Beamten sich weigerten, den Bestimmungen der neuen von der Rheinlandkommission erlassenen Befehle zu folgen. Die Familien der Ausgewiesenen haben das besetzte Gebiet innerhalb vier Tagen zu verlassen.

Die Rheinlandkommission verfügte die sofortige Ausweisung des Hauptinspektors der Wiesbadener Zeitung, Gorenz, mit der Begründung, daß er aufreizende Artikel geschrieben habe, seine Familie hat innerhalb vier Tagen das besetzte Gebiet zu verlassen.

Nachen, 28. Jan. Der hiesige Polizeipräsident, Freiherr v. Koff, hat den Ausweisungsbefehl erhalten. Er wurde bereits am Samstag um 4 Uhr nachmittags von fünf Belgiern aus dem Polizeipräsidium geholt und im Kraftwagen mit unbekanntem Ziele fortgeschafft. Der hiesige Regierungspräsident Dr. Rombach und sein Stellvertreter, Oberregierungsrat v. Goercken, sind von drei belgischen Gendarmen im Regierungsgebäude verhaftet und im Auto fortgeschafft worden. Zur Begründung der sofortigen Ausweisung des Polizeipräsidenten von Nachen, von Koff, wird von der Rheinlandkommission angegeben, daß er die öffentliche Ordnung am 26. Januar nicht aufrechterhalten hätte. Seine Familie muß innerhalb acht Tagen das besetzte Gebiet verlassen haben.

Berlin, 28. Jan. Der Kölner Landesfinanzpräsident Hochling von Lanzener ist im französischen Militärgefängnis in Mainz erkrankt und wird morgen in das französische Militärhospital in Mainz gebracht werden.

Düsseldorf, 28. Jan. Die französische Besatzungsbehörde hat den Bürgermeister Schmid und den Regierungsrat Dexte ausgewiesen; beide wurden sofort in das unbefetzte Gebiet abtransportiert.

Wiesbaden, 27. Jan. Die „Neue Wiesbadener Zeitung“ ist von der internationalen Rheinlandkommission von heute auf die Dauer von drei Tagen verboten worden.

Die Erregung der Bevölkerung

Boppard, 28. Jan. In der Stadt herrscht sehr große Erregung. Die Straßen waren gestern bis in die späte Nachtstunden von Tausenden von Menschen besetzt. Vaterländischelieder wurden gesungen. Die französischen Posten wurden durch eine marokkanische Milizkompanie verstärkt. Im Laufe der Nacht wurden drei verhaftete Gewerkschafter mit unbekanntem Ziele weggeführt. Kurz vor der Befreiung wurde die Straße durch stark bewaffnete Patrouillen gesperrt. Um 6 Uhr morgens wurde der Bürgermeister mit unbekanntem Ziele fortgeschafft. Zurzeit durchziehen stark bewaffnete Streifen die Stadt und suchen keine Annehmlichkeiten. Die Beamten und Angestellten der Stadt sind heute wegen der Verhaftung des Bürgermeisters in den Streik getreten. In einer Kundgebung erklären sie sich mit dessen Verhalten solidarisch.

Der Belagerungszustand

Nachen, 28. Jan. Der belgische kommandierende General Alan gibt bekannt, daß die deutschen Polizeibeamten von jetzt ab ihm allein unterstellt sind. Die Truppen seien angewiesen, von der Waffe Gebrauch zu machen. Der Belagerungszustand wird zunächst durch Fortsetzung der nächsten Verkehrsperre verstärkt. Der Hauptbahnhof ist militärisch abgesperrt. Jeder Eisenbahnverkehr ruht.

Mainz, 28. Jan. Die internationalisierte Rheinlandkommission verbietet durch Maueranschlag jedwede Zusammenrottung und Kundgebung. Mehr als fünf Personen dürfen nicht beisammen stehen.

Die tapferen Eisenbahner.

Karlsruhe, 28. Jan. Aus Anlaß der Mahnung des Regierungspräsidenten und anderer Beamten in Erier durch die Besatzungsbehörden richtete der Präsident der Reichsbahndirektion, Bohle, an die bei der Reichsbahndirektion in Karlsruhe a. M. bestehende französische Unterkommission ein Schreiben, in dem er erklärt, daß der Befehl, die Militärtransporte in Gang zu bringen, nicht zur Durchführung gebracht werden könnte. Infolge der neuerlichen Gewaltmaßnahmen sei der Wille der gesamten Eisenbahner des ganzen Rheinlandes erklärtermaßen und geschlossen in der Verweigerung jeder Dienstleistung unter militärischem Zwang. Eine Verantwortung für

erfolgende Ausschreitungen und hinsichtlich der Aufrechterhaltung des ordnungsmäßigen Eisenbahnverkehrs müsse abgelehnt werden.

Drangsalierung auf den Postämtern.

Düsseldorf, 28. Jan. Das Postamt in Düsseldorf wurde vormittags 10 Uhr von französischen Truppen besetzt. Die Beamten und Beamtinnen wurden aus dem Amt herausgetrieben, zum Teil mit Gewalt. Der Dienstverkehr und auch der Fernverkehr waren eine Stunde lang völlig gesperrt. Die Maßnahme wurde angeordnet, weil einige Telegraphenleitungen der französischen Zentrale geführt sein sollten.

Die unterirdische Telefonverbindung Rheinland-Berlin durchschnitten.

Düsseldorf, 28. Jan. Aus Essen wird gemeldet, daß die Franzosen bei Steele und bei Düsseldorf das Rheinabel durchgeschnitten haben.

Aus dem Krankenhaus zur Ausweisung geholt.

Mainz, 27. Jan. Oberbürgermeister Dr. Kahl, der seit zwei Tagen im Krankenhaus war, hat gestern nachmittags den Ausweisungsbefehl erhalten und ist heute mittags 2 Uhr im Auto, in dem auch der Chefarzt des Krankenhauses Platz genommen hat, eskortiert von zwei anderen Autos mit französischen Offizieren bezw. Kommissionsmitgliedern nach der Grenze des unbefetzten Gebietes gebracht worden. Das Krankenhaus war in weitem Umfange durch deutsche Polizei abgesperrt, ebenso war dort eine Abteilung Kavallerie aufgestellt, die erst abrückte, nachdem das Auto mit dem ausgewiesenen Oberbürgermeister abgefahren war.

Französische Eisenbahner in der Pfalz.

Ludwigshafen, 28. Jan. Die Hauptkredite Somburg (Pfalz) bis Ludwigshafen ist seit Freitag mit französischen Eisenbahnpersonal besetzt. Die Franzosen erklärten ausdrücklich, daß das französische Personal Befehl habe, nicht in den Betrieb einzutreten, ebenso ist jeder Krankeinsatz an die deutschen Eisenbahnbeamten mit Wema auf den Betrieb zu enthalten. Auch hätten sie nicht zu befürchten, etwa von französischem Personal verdrängt zu werden. Es kommen für die besetzte Strecke etwa 1000 französische Eisenbahner in Betracht. Bis jetzt entwidelt sich der Betrieb ruhig ab.

Die Eintreibung.

Essen, 28. Jan. Im Laufe des heutigen Tages zogen die Franzosen sich in mehreren weiteren Bahnhöfen fest. Die Linie der im Norden und Westen des Industriegebietes besetzten Bahnhöfe zeigt nunmehr folgenden Verlauf: Linen-Waltrop-Deitell-Sudewich-Reddenhausen-Herrern-Westerholt-Buer-Nord-Graben-West-Vottrop-Ost-Oberfeld-Süd-Oberhausen-Siertrabe-Hamborn-Duisburg-Meiderich-Süd-Duisburg-Hauptbahnhof-Hohfeld-Süd-Großenbaum-Wedau-Düsseldorf-Hauptbahnhof-Düsseldorf-Deerenborn. Im Süden kamen die Operationen bisher nicht zum Abschluß. Da über die im Norden besetzten Bahnhöfe keinerlei Zugverkehr mehr stattfindet, wird die Lebensmittellieferung des Industriegebietes immer schwieriger. Nachmittags wurde auch Linen-Nord besetzt, so daß nunmehr auch die Lebensmittellieferung, die über diese Station geleitet wurden, ins Stocken geraten sind.

Im Verlaufe des Sonntags ist die militärische Eintreibung des Ruhrgebietes vollendet worden. Eine Abwehrung ist allerdings noch nicht vollzogen, auch ist die Postenszene nicht errichtet worden. Die Franzosen lassen die nach dem Osten gebenden Kohlenzüge zwar passieren, kontrollieren aber Ort und Herkunft der Kohle, die Kohlenförderer und Wempe. Mit der Einrichtung des Zugverkehrs durch französische Personal haben die Franzosen auch weiterhin keinen Erfolg erzielt. Bis gestern hatten sie nicht weniger als sieben Zugsektoren in Gang zu verzeichnen. Eine von Franzosen geführte Lokomotive hat ein Mädchen überfahren und getötet.

Die neuen Pläne.

Paris, 28. Jan. Wie die Havasagentur meldet, begaben sich General Weygand und Minister Le Troquer heute abend wiederum nach dem Ruhrgebiet, um eine enge Verbindung mit den Besatzungsbehörden zur Ausführung der in den letzten Tagen einstimmig beschlossenen Maßnahmen herzustellen.

Lothringen ohne Ruhrkohle.

Paris, 28. Jan. Außer den gemeldeten Einstellungen von Hochöfenbetriebern wurde, wie die „Journé Industrielle“ mitteilt, in Lothringen ein Hochofen ausgeblasen. Weitere sollen fallgestellt werden, wenn die Lage sich nicht bessert. In Demecourt arbeiten drei Hochöfen mit eingeschränktem Betrieb. In Rombach wurde Anweisung gegeben, zwei Hochöfen auszublauen, was geschehen wird, wenn nicht in aller Kürze Kohle

ankomme. Im Saargebiet trat keine Veränderung ein, da dort hauptsächlich an Ort und Stelle bereiteter Koks verbraucht wird.

Gute englische Urteile, aber keine Tafeln.

London, 27. Jan. „Daily News“ veröffentlicht einen Artikel Gardiners über die augenblickliche Lage mit Bezug auf die französische Aktion gegen Deutschland. Gardiner schreibt: Die Maske sei jetzt abgeworfen; die Reparationsfrage trete in den Vordergrund. Der letzte Kampf, in dem England eine so unwürdige Rolle gespielt habe, sei vorbei. Die deutsche Nation, entwaffnet und jeder Machtvolle beraubt, liege hilflos vor ihrem Senf. Ihr wirtschaftlicher Untergang ebne den Weg für ihre politische Zerstörung. Das Auseinanderfallen Deutschlands in balkanisierte Staaten sei der nächste Schritt in dem weitreichenden Unternehmen; die Zeit werde lehren, ob es sich werde erfolgreich vollenden lassen. Selbst mit dem Monopol moderner Waffen sei die Verteidigung eines so zahlreich bevölkerten Landes keine leichte Aufgabe. Das deutsche Volk habe gejubelt, daß es sich gegen einen mächtigen und einigen Nachbarn nur schlagen könne, indem es selber einig sei.

In einem Artikel der „Times“ heißt es: Der Mehrheitsbeschluß der Reparationskommission sei nur der Vorwand für eine weitere französische Aktion im Ruhrgebiet. Das bedeute, daß die Franzosen ohne Zustimmung der Engländer die Durchführung von Maßnahmen in eigene Hand genommen hätten. In Anbetracht der letzten Entscheidung der Reparationskommission sei jetzt sicher die Zeit gekommen, sich zu fragen, was die wirklichen Ziele der Franzosen seien. Es würden systematische Vorbereitungen für eine längere Besetzung des Industriegebietes an der Ruhr getroffen und für dessen Trennung vom übrigen Deutschland. In demselben Augenblick, wo das reichste Gebiet Deutschlands abgetrennt werde, erfolge ein Ultimatum, daß Deutschland dem Zahlungsplan stattgeben solle, der seit Jahren von Finanzautoritäten aller Nationen, einschließlich der Franzosen selbst, als undurchführbar erkannt worden sei. Dies sei eine Frage, die in sehr unmittelbarer Weise die britische Regierung berühre. Die Engländer seien Wintergeheimnisse des Verfallens betrogen, der jetzt als Deckung für eine Politik gebraucht werde, der die britische Regierung nicht zustimme. Diese Politik gebe außerdem jeden Tag weiter und weiter von der Absicht ab, Reparationen von Deutschland im Interesse aller Alliierten zu erhalten, und rechtlicher immer mehr die Ansicht derer, die dahinter einen Plan sehen, von Deutschland im Interesse Frankreichs ein deutsches Industriegebiet abzutrennen. Die Entwidlung der französischen Politik bedeute die Bedrohung des Friedens in Europa. Die Franzosen schloßen die Tür für die Reparationen ab und handelten unabhängig in Verfolgung ihrer eigenen, separaten Ziele.

London, 28. Jan. In dem gestrigen Kabinettsrat erklärte Reuter, daß die britischen Truppen für den Augenblick nicht vom Rhein zurückgezogen würden. Die künftige Haltung Großbritannien hänge vom Laufe der Ereignisse ab. Es sei jedoch möglich, daß die Lage im Ruhrgebiet sich derart entwickle, daß die Stellung der britischen Truppen unhaltbar werde.

Die Französlinge regen sich.

Köln, 27. Jan. (Drahtber.) Der gesamte Betriebsrat der Arbeiter und Angehörigen der Stadt erklärt eine Kundgebung, in der es heißt: Es mehrten sich in den letzten Tagen die Gerüchte, daß die Väterbündler die Lage dazu benützen wollen, um ihre landesverräterischen Pläne zur Durchführung zu bringen. Die Arbeiter, Angehörigen und Beamten der Stadt Köln erklären, daß sie fest und treu zu ihrem Vaterlande stehen und daß sie allen Bestrebungen, welche die Lösung ihrer Vaterstadt und des Rheinlandes vom Deutschen Reich und von Preußen bezwecken, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verhindern werden.

Polen.

Warschau, 28. Juli. Die Blätter erklären auf Grund von Auskünften aus maßgebenden Kreisen, daß die Meldungen von Bemittlungen, die polnische Regierung zur Entsendung polnischer Arbeiter in das Ruhrgebiet zu veranlassen, sowie von entsprechenden Vorbereitungen der polnischen Regierung, jeder Grundlage entbehren.

Erung Thyffens.

Hamborn, 27. Jan. In der gestrigen Stadtvorordnetenversammlung wurde Fritz Thyffens zum Ehrenbürger der Stadt Hamborn ernannt.

Keine Zwischenfälle in München.

München, 28. Jan. Der Parteitag der Nationalsozialisten ist bis in die späten Abendstunden hinein ohne jeden Zwischenfall verlaufen. Die abgehaltenen Massenversammlungen sind störungslos verlaufen. Die Polizei brauchte nirgends einzuschreiten. Die Versammlungen lösten sich nach Beendigung der Veranstaltungen in einzelne Trupps auf.

Auch die gestern von den Nationalsozialisten abgehaltenen Massenversammlungen sind ohne Störung verlaufen.

Was geht in Bayern vor?

Man schreibt uns aus München: Was man in Bayern schon seit längerer Zeit befürchtete, ist eingetreten. Kritische Tage sind heraufgezogen. Seit Jahren ist hier die nationalsozialistische Bewegung unter der Führung Hitlers im Gange. Die Unzufriedenheit mit der Erfüllungspolitik wurde von Hitler geschickt genährt. Hinweise auf die wachsende Zerstörung, die durch stärkere Befämpfung des Wucher- und Schiebertums eingeschränkt werden sollte, taten ihre aufreizende Wirkung, die noch durch eine raffinierte demagogische Plakatistik gesteigert wurde. Im Zusammenhang damit lief man fortwährend Sturm gegen Partei- und Parlamentswirtschaft und näherte die Hoffnung auf eine machtvolle Diktatur. Die Nationalsozialisten verbanden sich dann mit einem zweiten mächtigen Faktor im Lande, den vaterländischen Verbänden, so daß nun bei deren einseitigen Handeln angesichts des Zulaufs aus den Massen beständig eine Gefahr über dem Land lagte. Die Freundschaft mit den vaterländischen Verbänden hat nun allerdings in letzter Zeit mehrfach Misse erlitten. Der tiefere Grund ist die einseitige innenpolitische Einstellung Hitlers, vielleicht auch spielt ein gewisser persönlicher Egoismus mit. Diese einseitige Richtung, die auch jetzt in der entscheidungsstimmigen Stunde des deutschen Vaterlandes, da uns nur die Einheitsfront des Volkes zusammen vor allem mit der Geschlossenheit der Arbeiterfront retten kann, nicht zurücktrat, wurde jetzt zu einer ausgesprochen vaterländischen Gefahr.

In den Tagen, in denen das deutsche Volk gegen Frankreich mit der Waffe der Passivität kämpft, führt Hitler den Krieg gegen die Sozialdemokratie und die Einheitsfront, die er mit der Devise: Keine Einheit mit den Novemberverbrechern! bekämpft. Dieser fanatische Parteilichkeit, die Hitler immer bei den andern bekämpft, bietet naturgemäß auch den Feinden willkommenen Gelegenheit zum Einsetzen. Die „Münch. N. Nachr.“ sind in der Lage, darauf hinzuweisen, daß Frankreich Agenten nach München geschickt hat, um zu Gewalttätigkeiten gegen französische Staatsangehörige zu provozieren. Hitler erhält, wie man hört, auch Geldzuwendungen aus dem Ausland. Es gilt bei seiner Bestimmung als ausschließlichen, daß er Geld aus Feindeshand annehmen würde; aber besetzt nicht die Möglichkeit, daß a. B. französische Geldgeber sich der Strohmann anderer Nationen bedienen, um so Hitlers Bewegung zu fördern. Dafür muß man umso mehr besorgt sein, als neuerdings wieder das Gerücht verläutet, daß aus Amerika größere Geldsummen zur Verfügung gestellt werden.

Selbst aber, wenn letztere Anschauung und Information unrichtig wäre, bleibt doch Hitlers Bewegung in diesem Moment mit solchen aggressiven innenpolitischen Tendenzen eine große Gefahr.

Es ist unverhätlich, daß ein Mann, der vaterländisch scheint sein will, in solcher schweren Stunde des größeren deutschen Vaterlandes, nur noch keine Parteinahme lenkt und Umsturzpläne anspricht.

Auf alle Fälle hat Hitler, der den Ausnahmezustand in Bayern heraufbeschwor, seiner eigenen Sache schwer geschadet und seinem Vaterland wenig den denkbar schlechtesten Dienst in der Zeit größter vaterländischer Not geleistet. Die größte Stunde des deutschen Reiches sei die den Patrioten Hitler recht klein!

Ein Aufruf katholischer Geistlicher.

München, 27. Jan. In Anwesenheit von über 200 Geistlichen, unter Teilnahme des Bischofs von München, Dr. Johannes Boggenburg, und unter dem Vorsitz des Dompropstes, Universitätsprofessor Dr. Mandach, wurde nach einem Referate des Reichstagsabgeordneten Universitätsprofessors Dr. Schreiber eine Entschließung einstimmig angenommen, in der es heißt:

Die am 24. Januar in Münster versammelte Gesamtheit des Bistums Münster erhebt scharfen Einspruch gegen die gewalttätige Befreiung des westfälischen und rheinischen Gebietes. Sie wolle sich eins mit dem gesamten Deutschland in der Umerziehung und umrechtlicher Eingriffe. Sie bitte die Landwirte, der bedrängten Bevölkerung des Ruhrgebietes und im besonderen den sozial-charitativen Anstalten des neubefreierten Gebietes mit Lebensmitteln zu helfen. Gleichzeitig

werdet sie sich an die gesamte katholische Bevölkerung mit der Bitte, das Ruhrgebiet durch hochherzige Spenden zu unterstützen.

Das Schreiben der Reparationskommission.

Berlin, 28. Jan. In dem Schreiben der Reparationskommission, in dem die Gewährung eines Zahlungsaufschubs verweigert wird, wird von amtlicher deutscher Seite erklärt:

Die Einstellung der Zahlungen an Frankreich und Belgien, die zur Grundlage des „Generalmandats“ gemacht wird, war die notwendige Folge des vertragswidrigen Einmarsches französischer und belgischer Truppen in bisher unbesetztes deutsches Gebiet. Die Einstellung der Zahlungen ist eine Entscheidung, die ohne die Stimme des englischen Delegierten getroffen ist, über die zahlreichen Erklärungen der alliierten Mächte während des Jahres 1922 hinweg, in denen ausgedrückt worden war, daß die Forderungen des Londoner Zahlungsplanes über die Leistungsfähigkeit Deutschlands hinausgehen. Die Pläne, die von der englischen, französischen und italienischen Regierung der vom 2. bis 4. Januar in Paris tagenden Konferenz vorgelegt wurden, gehen grundsätzlich alle drei von der Notwendigkeit aus, die im Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 festgesetzte Endsumme vorübergehend für die nächste Zeit einen Zahlungsaufschub zu gewähren. Die Reparationskommission selbst erkannte mit ihrer Note vom 11. August 1921 die ausgesprochene Entscheidung an, daß die äußeren Lasten Deutschlands ermäßigt werden müßten. Die Reparationskommission setzt sich mit dem Beschlusse über Artikel 24 des Vertrages von Versailles hinweg, der die Höhe der Zahlungspflicht Deutschlands von seiner Leistungsfähigkeit abhängig macht, ebenso wie über Artikel 25 Absatz 2 des gleichen Vertrages, der der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen grundsätzlich den Vorrang vor den Reparationspflichtungen einräumt.

Italienische Ingenieure für die Ruhr.

Paris, 27. Jan. Nach einer Savasmeldung aus Rom ist die erste ministerielle Verordnung, die die Entsendung der ersten Staffel italienischer Ingenieure ins Ruhrgebiet vorsieht, unterzeichnet worden. Heute sollen drei Ingenieure abreisen und sich der Grubentrunkommission zur Verfügung stellen.

Medung des Hafens von Antwerpen.

Duisburg, 27. Jan. Eine Versammlung führender niederländischer Schiffahrts-, Expeditions-, Handels- und Industrieunternehmen war der Überzeugung, daß angesichts der neuen Entwicklung der Dinge der Hafen von Antwerpen völlig gemieden werden müsse und mit deutschem Willen keine Sonne mehr über diesen Hafen ein- und ausgeführt werden dürfe. Für deutsche Verfrachter und Frachtempfänger können künftig nur deutsche oder holländische (Rotterdam) Nordseehäfen in Betracht kommen. Alle geeigneten Schritte sollen eingeleitet werden, um diese Stellungnahme zum Gemeinwohl des ganzen deutschen Wirtschaftslebens zu machen.

Die Verteuerung der Lebensmittel.

Essen, 28. Jan. Die durch den Einmarsch der französischen Truppen verursachte Verteuerung der Lebensmittel beträgt bis zum 27. Januar insgesamt 122 Prozent.

Die Völkerverbündelungen.

Paris, 29. Jan. Savas meldet: Voraussichtlich kommt während der Pariser Tagung des Völkerverbündelrates die Reparationsfrage nicht zur Sprache und zwar gemäß eines Beschlusses der letzten Versammlung des Völkerverbündelrates, worin es heißt, daß sich der Völkerverbündelrat mit der Reparationsfrage befassen dürfe, jedoch müsse er, wenn er in zweckmäßiger Weise zu einer Lösung beitragen wolle, durch die interessierten Regierungen mit der Behandlung der Frage beauftragt sein.

Die Oesterreicher bei Poincaré.

Paris, 28. Jan. Der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel hat in Begleitung des öster-

reichischen Außenministers Grünspanger und des österreichischen Gesandten in Paris heute vormittag dem Ministerpräsidenten Poincaré einen Besuch abgestattet.

Das Jugendgerichtsgesetz.

Berlin, 27. Jan. Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstags-Sitzung stand die zweite Lesung des Jugendgerichtsgesetzes. Ein Jugendlicher im Sinne dieses Gesetzes ist, wer über 14 aber noch nicht 18 Jahre alt ist. Wer eine mit Strafe bedrohte Handlung begeht, ehe er 14 Jahre alt ist, ist nicht strafbar. Ein Jugendlicher, der eine mit Strafe bedrohte Handlung begeht, ist nicht strafbar, wenn er zur Zeit der Tat noch seiner geistigen und sittlichen Entwicklung unfähig war, das Ungeheuerliche der Tat einzusehen, oder seinen Willen dieser Einsicht gemäß zu bestimmen. Wenn ein Jugendlicher eine strafbare Handlung begangen hat, so hat das Gericht zu prüfen, ob Erziehungsmaßnahmen erforderlich sind. Als solche zählen: Verwarnung, Ueberweisung in die Jugend-Erziehungsanstalt oder der Schule, Anferkung besonderer Verpflichtungen, Schutzaußsicht, Fürsorgeerziehung. Die Vollstreckung einer Strafe kann ausgesetzt und eine Probezeit festgesetzt werden. Die Jugendstrafen sollen immer besonders behandelt werden. Die Straftaten werden vor besonderen Jugendgerichten zur Verhandlung gebracht.

Abg. Vroban (Dem.) empfiehlt eine Entschärfung, die verlangt, daß für das Amt des Jugendrichters, wie überhaupt für das Amt der Strafrichter, die bestbefähigten Richter herangezogen werden sollen.

Reichsjustizminister Dr. Seinae empfiehlt den Entwurf, der anstelle der Strafe die Erziehung setzt.

Die grundsätzlichen Bestimmungen der Vorlage werden angenommen. Angenommen wird weiter ein Antrag Varmuth (D.N.), die Entscheidung über den Straferlaß nicht „bei“, sondern erst „nach“ Ablauf der Bewährungsfrist treffen zu lassen.

Abg. Dr. Beyerle (Bav. Vp.) beantragt die Wiederherstellung der Regierungsvorlage in § 40, wonach die Länder die Jugendgerichtshilfe statt den Jugendämtern privaten Vereinen übertragen können. Gerade in Bayern bestehen derartige leistungsfähige Organisationen auf diesem Gebiet.

Bei der Auszählung werden für den Antrag 98, dagegen 2 Stimmen abgegeben. Das Haus ist somit beschlußfähig.

Der Präsident ernaunt eine neue Sitzung an. In dieser neuen Sitzung wird die Vorlage über die Kleinrentenversicherung dem sozialpolitischen Ausschuss übergeben. Der Gesetzentwurf über den Ablieferungstermin für die letzte Rate des Umlanagebeitrages auf den 16. März 1923 (bisher 15. April 1923) wird ebenfalls angenommen.

Das Haus verläßt sich auf Mittwoch 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Neutrumsantrag über die Beeinträchtigung des Schutzbereichs im Ruhrgebiet.

Schluss der Sitzung 5 Uhr.

Kommunistischer Parteitag.

Leipzig, 28. Jan. Heute mittag wurde im Volkshaus der Parteitag der kommunistischen Partei Deutschlands mit einer Rede Clara Zetkins eröffnet. Die geschäftlichen Verhandlungen beginnen morgen.

Gewalttätige Verhaftung der halleischen Polizei.

Halle (Saale), 27. Jan. Oberpräsident Göring hat Gebäude und Einrichtung der Polizeiverwaltung Halle mit Beschlag belegt. Veranlassung war die Weigerung der Polizei, die Bedingungen der Staatsregierung, unter denen die hiesige Polizei auf Grund des Vertrauensabkommens verstaatlicht werden soll, anzunehmen. Da die Staatsregierung ohne den Beamtenapparat die Verwaltung jedoch nicht übernehmen kann, werden die Beamten in ultimativer Form aufgefordert, sich bis zum 28. Januar der sofortigen halleischen Polizeiverwaltung zur Verfügung zu stellen.

Der Bergbau an der Ruhr.

Uralt ist, in seinen Anfängen, der Kohlenbergbau im Ruhrgebiet; schon aus dem Jahre 1317 stammt die erste urkundliche Erwähnung von Steinkohlen in Essen. Die ersten Kohlenplätze bei Essen wurden auf den Aedern des Oberhofs Ehrenzeile angelegt, auf dem Gebiet, auf dem sich jetzt die Krupp'sche Gussstahlfabrik ausdehnt. Viel Bedeutung aber hatte im Mittelalter der Kohlenbergbau nicht, da eine Industrie nicht vorhanden war und da es in deutschen Ländern noch reichlich Holz zum Feuern gab. Wohl mußte 1398 die Verbotung des Stiffes Essen aus Mangel an Holz Steinkohlen einlaufen, welches ihr seit ihrer Regierung nicht wenig gekostet. Also auch schon damals waren Kohlen teuer. Das wird aber befreit, wenn man hört, daß zu jener Zeit infolge des Anwachsens der Bevölkerung und durch das Ankommen des Schmiedeweibes an der Ruhr Holzmangel auftrat, wodurch der Kohlenbergbau mehr in Aufnahme kam. Von einem Vergewerksbetrieb im heutigen Sinne konnte allerdings damals noch keine Rede sein; jeder grub auf seinem Grund und Boden im Tagebau die Kohlen aus der Erde, und als man gerade angefangen hatte, die bergbauartige Technik etwas zu vervollkommen, da kamen die Stürme des dreißigjährigen Krieges über das Land und erlöschten diese vielversprechenden Anfänge im Keim. Es dauerte mehr als 100 Jahre, bis der Bergbau an der Ruhr wieder einen Aufschwung nahm; aber von der Mitte des 18. bis in das erste Drittel des 19. Jahrhunderts war die Technik immerhin noch recht primitiv. Erst mit der Einführung der Dampfmaschine gewann man die Möglichkeit, in größere Tiefen vorzudringen, und über das sogenannte Dredgebirge von Kreidemergel, das über den Kohlenflözen lagert, in tiefere Schächte abzutauschen. Es sind jetzt gerade 90 Jahre verstrichen, seit Franz

Die Einkommensgrenze für die Angestelltenversicherung.

Berlin, 27. Jan. (Draschler.) Der deutsche Gewerkschaftsbund der Angestellten hat in einer an den Reichsarbeitsminister gerichteten Eingabe eine Einkommensgrenze von 3 Millionen für die Versicherungsspflicht nach dem Angestelltenversicherungsgesetz gefordert.

Die Aenderung des badischen Beamtengegesetzes.

Man schreibt uns: Nach Ablauf fast eines halben Jahres hat die badische Regierung dem Landtag den Entwurf eines Gesetzes vorgelegt, der das badische Beamtengegesetz nach den Bestimmungen des Reichsgesetzes über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 ergänzen soll. Letzteres verpflichtet bekanntlich die Beamten des Reichs, auf der einen Seite in Ausübung ihrer Amtstätigkeit für die verfassungsmäßige Staatsform sich einzusetzen und auf der anderen Seite das zu vermeiden, was mit der Eigenschaft eines Beamten eines republikanischen Staates nicht in Einklang gebracht werden kann. Insbesondere ist dem Beamten darin — und diese Bestimmung findet sich fast wörtlich auch in dem badischen Gesetzentwurf wieder — unterjagt:

1. sein Amt oder die ihm kraft seiner amtlichen Stellung zugänglichen Einrichtungen für Bestrebungen zur Aenderung der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform zu mißbrauchen;

2. bei Ausübung der Amtstätigkeit oder unter Mißbrauch seiner amtlichen Stellung über die verfassungsmäßige republikanische Staatsform, die Reichsflagge oder über die verfassungsmäßigen Regierungen des Reichs oder eines Landes zur Bekundung der Wahrung der Verfassung zu tun, die geeignet sind, sie in der öffentlichen Meinung herabzusetzen;

3. bei Ausübung der Amtstätigkeit oder unter Mißbrauch seiner amtlichen Stellung auf die ihm unterstellten oder zugewiesenen Beamten, Angestellten und Arbeiter, Lehrlinge oder Schüler im Sinne mißachtender Herabsetzung der verfassungsmäßigen Regierungen des Reichs oder eines Landes einzuwirken;

4. Handlungen nach Nr. 1 bis 3 bei dienstlich unterstellten Personen, sofern sie im Dienst begangen werden, zu dulden;

5. in der Öffentlichkeit geschäftig oder aufreizend die Bestrebungen zu fördern, die auf Wiederherstellung der Monarchie oder gegen den Bestand der Republik gerichtet sind, oder solche Bestrebungen durch Verleumdung, Beschimpfung oder Verächtlichmachung der Republik oder von Mitgliedern der im Amte befindlichen Regierung des Reichs oder eines Landes zu unterstützen.

Ganz abgesehen von den vielen Unzulänglichkeiten und Unklarheiten, die der Fassung des erwähnten Reichsgesetzes anhaften und die bei Annahme des Entwurfs auch in die badische Gesetzgebung übertragen würden, ist zunächst zu prüfen, ob ein Bedürfnis vorhanden ist, solche Bestimmungen über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik in das badische Beamtengegesetz aufzunehmen. Dieses Bedürfnis könnte als gegeben angesehen werden, wenn einmal aus Dienst und Verhalten der badischen Beamten sich ihre feindselige Gesinnung oder Ablehnung gegen die republikanische Staatsverfassung ergäbe und wenn zweitens das bisherige Beamtengegesetz in dieser Hinsicht Lücken aufwiese, die auszufüllen im Interesse der Erhaltung des Staatsganzen gelegen ist. Wie liegen nun aber die Dinge in Wirklichkeit?

Ein flüchtiger Blick in die jüngste Zeitgeschichte bringt über das erste Bann — das Verhalten der badischen Beamten gegenüber der republikanischen Staatsform — die willkommene Aufklärung. Staatspräsident Kemmler erklärte kürzlich beim Neujahrsestakt: „Dank vor allem deshalb, weil eine zuverlässige Beamenschaft mit großer Pflichtigkeit dem Gesetzen Achtung zu verschaffen gewillt ist.“ Diese Anerkennung des Oberhauptes des Freistaates Baden, die sicherlich auf guter Kenntnis der Vorgänge und Beamten beruht, beweist zur Genüge, wie es um

die Haltung der Beamten gegenüber Verfassung und Staat bestellt ist. — Wandert der Blick vom einzelnen Wort zum Allgemeinen, dann bietet sich wieder ein Bild, das für Baden eben dank der Leistungen seiner Staatsdiener erfreulich ist. Ein Artikel „Die badische Koalition im neuen Jahre“ in der Karlsruher Zeitung vom 16. Januar 1923, in welchem ausgeführt wird, daß sich die Verhältnisse bei uns rascher und sicher konsolidierten, und daß Baden vor manchen Erschütterungen verschont blieb, unter denen andere Teile des Reichs zu leiden hatten, legt zweifelsfrei klar, daß die Einstellung der Bevölkerung und damit auch der Beamten auf die neugeschaffene Lage so erfolgt ist, daß zu Verstärkungen keinerlei Anlaß besteht.

Aber auch gefestigt den Fall, der Beamtenhaft Verhalten wäre gegenüber der republikanischen Staatsform ein anderes, als es in Wirklichkeit ist, so wäre damit noch nicht die Notwendigkeit für die Uebernahme der Reichsbestimmungen über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik gegeben; denn das bisherige badische Beamtengegesetz gestattet es auf Grund verschiedener Vorschriften, jederzeit gegen Beamte einzuschreiten, die ein Eintreten für die verfassungsmäßige republikanische Staatsform vermissen oder sich etwas zuschulden kommen lassen, was mit ihrer Stellung als Beamte eines Freistaates nicht übereinstimmt.

Von demjenigen, der unvoreingenommen die Verhältnisse in Baden, sowohl in Politik wie in der Beamtenhaft prüft, und von demjenigen, der die Bestimmungen des badischen Beamtengegesetzes richtig auswertet vermag, kann nach dem Vorausgehenden die Frage nach dem Bedürfnis auf Ergänzung des badischen Beamtengegesetzes mit mehr oder weniger definierbaren Vorschriften über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik kaum bejaht werden. Dagegen wird er auf Seiten der Regierung etwas anderes feststellen müssen: nämlich das Bedürfnis, unbedingt Folgerungen aus der Reichspolitik zu ziehen und nachzumachen, was Berlin vorgemacht hat, wenigstens namhafte Parteiführer fürzlich erklärt haben, daß gar kein Anlaß vorliege, die Politik von Berlin zu kopieren.

Aus Baden

t. Offenburg, 28. Jan. Am Samstag wurde die Eröffnung des landwirtschaftlichen Lagerhauses vollzogen.

Manheim, 28. Jan. In der Stiebertal von Benz & Cie. wurde der Ladierer Kienle, als er in einer Höhe von etwa 6 Meter an den Aufschienen eines elektrischen Kranens Arbeiten vornehmen wollte, von dem von anderer Seite in Betrieb gehaltenen Kranen erfasst und darauf gegen die Wand gedrückt, daß er schwer verletzt herunterfiel und ins Allgemeine Krankenhaus gebracht werden mußte. Kienle ist verheiratet und Vater von vier Kindern.

t. Lahr, 28. Jan. Im Juni vorigen Jahres wurde von Mitgliedern des Landbundes ein Milchstreik erklärt, weil die Stadt Lahr sich weigerte, den von den Landwirten geforderten Erzeugerpreis von 770 M. zu bezahlen. Gegen neun Mitglieder des Landbundes wurde nun Strafanklage wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt eingeleitet. Die Angelegenheit wurde nun vor der Offenburgener Strafkammer verhandelt, die zu einem freisprechenden Urteil kam. Der Staatsanwalt hatte entsprechende Geldstrafen beantragt.

Waldkirch, 28. Jan. Die Angestellten und Arbeiter der Firma Waldkircher Drahtseilfabrik haben einstimmig beschlossen, in der kommenden Woche 5 Ueberstunden zu leisten für die Kameraden im Ruhrgebiet, wozu die Firma ebenfalls einen namhaften Betrag beisteuern wird.

Stenheim, 28. Jan. Auf den 15. Februar ist den Arbeitern von zwei hiesigen Zigarrenfabriken gekündigt worden.

Ruhrgebietsspende.

Die Beamten und Angestellten des Badischen Landtags haben 60000 M. gespendet.

Kunst und Wissenschaft

Vortrag D. Gradewitz im Richterverein. Unendliche Vereinerung hat die Altertumswissenschaft in allen ihren Sondergebieten erfahren durch die fast unerhöhtlichen Funde griechischer und ägyptischer Papirusfragmente, die in den letzten Jahrzehnten aus den Schuttbauten Ägyptens und Gräbern des Nillandes wieder ans Licht kamen und durch ihren unerschöpflichen Inhalt die Fortschritt von Kultur und Leben des späteren Altertums vielfach in ganz neue Bahnen gelenkt haben. Ihren Wert für das Einzelgebiet der Juristen ermahnt Dr. D. Gradewitz. Prof. Dr. v. Rom. Reals in Heidelberg, in einem frei, zwanglos und geistreich gehaltenen Vortrag für den Richterverein Karlsruhe an folgenden Beispielen aus den juristischen Papyrusurkunden: Prozesse aller Art von über und unter, wie sich die Welt in Verlogenheit und kniffliger Schlauberei allezeit gleich geblieben ist, zeigten, daß alles schon dawarsten mit interessanten Einblicken ins antike Privat- und Rechtsleben. Auch die oft schon betonte Tatsache des alten ausgedehnten Groverfahrens in Ägypten wurde an treffenden Exempeln aufs neue beleuchtet. Der Nilitis-Vortrag von D. Gradewitz, der sich um das Studium der juristischen Papyri größte Verdienste erworben hat, genießt nicht nur die Aufmerksamkeit für jeden Juristen, sich einsehend in dieser verunkelten und doch so überaus modernen Welt umsehen, sondern auch die Pflicht jeder Bibliothek, ihrem Vereineris Werke anständig zu machen, die uns die Kenntnis dieser unmittelbar ins pulsende Leben der Antike führenden Literatur vermitteln. An elegantem Material, rein wissenschaftlichem wie allgemeinverständlichem, fehlt es wahrhaftig nicht mehr. Dr. Pr.

der außerordentlich verschiedenartigen Nebenprodukte der Steinkohle hat schon im letzten Menschenalter außerordentliche Fortschritte gemacht und das Initium für Kohlenforschung in Mülheim an der Ruhr weit unablässig neue Methoden zu möglichst restloser Ausnutzung aller Derivate der Kohle nach.

Man schätzt die Menge der bisher im ganzen rheinisch-westfälischen Kohlenrevier abgebauten Kohle auf ungefähr drei Milliarden Tonnen. Aber bis zu 1500 Meter Tiefe lagern heute noch 76 Milliarden Tonnen abbaufähige Kohle, und wenn man in noch größere Tiefen vordringt, was bei dem heutigen Stande der Technik noch unwirtschaftlich sein würde, so wächst die Menge gar auf 26 Milliarden Tonnen. Doch selbst die bis 1500 Meter Tiefe gehenden Flöze werden bei gleichem Verbrauch wie im letzten Jahrzehnt noch siebenhundert Jahre ausreichen, und beim Abbau oder bei unterirdischer Ausnutzung der noch tiefer liegenden schimmernden Energien ließe sich der Bedarf in der gegenwärtigen Höhe auf 2000 Jahre hinaus decken.

Riesenhaft wie der Bergwerksbetrieb selbst ist auch der zur Beförderung der Kohle erforderliche Transportapparat. Das Gebiet zwischen Duisburg und Bochum bildet sozusagen einen einzigen ungeheuren Güteranlegerbahnhof, und wer im Offenbahngang das Ruhrgebiet durchfährt, steht nach allen Richtungen hin sich erhebbende Schienenstränge, deren Geleise an vielen Stellen buchstäblich unübersehbar ist. Die Länge allein der Kohlenwagen, die täglich im Ruhrkohlenrevier den Boden gestellt werden, beträgt, aneinandergereiht, mit der Länge der Lokomotiven und Packwagen der Kohlenzüge mehr als 200 Kilometer, also eine Strecke so weit, wie von Berlin bis über Dresden hinaus. Aber an Tagen besonders harter Wagenbestellung würde die aneinandergereihten Länge der Kohlenzüge einen Eisenbahnhahn ergeben, der von Berlin bis nach Hamburg reicht.

Benutzend, wie man weiß, die unterirdischen Schätze an schwarzen Diamanten keineswegs unerhöhtlich sind, so wird es doch noch sehr lange dauern, bis der Reichtum, den unsere Erde vor vielleicht 20 Millionen Jahren dort unten für uns aufgeschlüsselt hat, vollends aus Tageslicht gefördert sein wird. Ja, man wird annehmen dürfen, daß eine Zeit kommen wird, in der die Förderung der Kohle überhaupt aufgehört, in der man die ungeborenen Kräfte und Energien, die die Kohle birgt, gleich von Ort nutzbar machen, sie in Elektrizität umsetzen und auf den Schwingen des elektrischen Stromes überaus leicht leiten wird. Die Ruhrbahnung

